

## Statement

Seite 1/4

**Marija Kolak,**  
Präsidentin des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)

**Jahrespressekonferenz**  
**6. März 2024**

**Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR**

**Melanie Schmergal**  
Abteilungsleiterin  
Kommunikation und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Pressesprecherin

**Cornelia Schulz**  
Pressesprecherin

**Steffen Steudel**  
Pressesprecher

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

**presse@bvr.de**  
**www.bvr.de**  
twitter.com/BVRPresse  
facebook.com/BVRBerlin  
linkedin.com/company/bvrberlin/

## Statement

Seite 2/4

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die deutschen Genossenschaftsbanken haben im **Geschäftsjahr 2023** trotz einiger konjunktureller Unsicherheiten ein beachtliches Ergebnis erwirtschaftet. Die stark gestiegenen Zinsen und die schwache Konjunktur beeinflussten ebenso wie die hohe Inflationsrate die Ertragsentwicklung. Absolut betrachtet erwirtschafteten die 697 Institute nach vorläufigen Zahlen einen Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 10,7 Milliarden Euro. Dabei stieg sowohl der Zinsüberschuss um 15,4 Prozent als auch der Provisionsüberschuss um 4,3 Prozent. Die Belastungen aus dem Jahr 2022 durch Abschreibungen auf Wertpapiere im Depot A sind 2023 vollständig entfallen und kehren sich in erste Zuschreibungen um. Darauf werden meine beiden Vorstandskollegen Tanja Müller-Ziegler und Daniel Quinten, die sich genau wie ich auf unseren heutigen Austausch freuen, gleich noch näher eingehen.

Also alles gut, könnte man meinen. Leider nein. Auch wenn der meteorologische Frühling begonnen hat, gibt es noch keine klaren Zeichen dafür, dass sich die Wirtschaft aus ihrer Winterstarre befreit hat. Tatsächlich befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einer **technischen Rezession**. Die Stimmung bleibt gedrückt, insbesondere im Mittelstand. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir preisbereinigt nur mit einer Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (plus 0,0 Prozent). Wir sind damit noch etwas zurückhaltender als die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht mit 0,2 Prozent. Die Kursentwicklung des DAX erscheint mir vor diesem Hintergrund wie ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Natürlich stecken dahinter auch Hoffnungen auf frühe **Zinssenkungen** der Europäischen Zentralbank (EZB). Der deutliche Rückgang der Inflation in Deutschland von 2,9 auf 2,5 Prozent im Februar war ein positives Zeichen. Doch dürfte es aufgrund von Sondereffekten im März oder April wieder zu einem Anstieg kommen. Die EZB hat bislang richtigerweise vorsichtig agiert. Die erste Zinssenkung sehe ich frühestens im Juni. Ich rechne auch nur mit einem moderaten Rückgang der langfristigen Zinsen. So oder so, eine Rückkehr in die Nullzinswelt wird es nicht geben. Insofern sollten wir den konjunkturellen Impuls der Zinssenkungen nicht überschätzen. Vor der zweiten Hälfte dieses Jahres wird sich die Konjunktur in Deutschland nicht erholen. Treiber wird der private Verbrauch sein, der vom Rückgang der Inflation Impulse erhält. Mit 51 Prozent ist der private Verbrauch die mit Abstand wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Für **Investitionen** wird das Jahr 2024 erneut ein verlorenes Jahr sein. Weder der dringend erforderliche Wohnungsneubau noch die Sanierungen zum Klimaschutz werden in Gang kommen. Ein Plus ist allenfalls bei den Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Software zu

erwarten. Auch längerfristig bleiben die wirtschaftlichen Aussichten mit einem Wachstum von rund 0,5 Prozent bescheiden. Deutschland wird damit in den nächsten Jahren am Rande einer Rezession stehen.

Damit dürfen wir uns keinesfalls zufriedengeben, meine Damen und Herren. Deutschland kann seine Zukunft besser gestalten! Wachstum ist dauerhaft schon möglich und auch wichtig, um den Wohlstand des Landes zu sichern. Dazu braucht man aber eine kluge Politik. Ein glaubwürdiger Plan wäre auch die richtige Botschaft für die Europawahl Anfang Juni. Das Signal: Die politische Mitte mitsamt der Wirtschaft hat Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit.

Welche Bausteine hat nun eine funktionierende **Wachstumspolitik**? Erstens brauchen wir mehr qualifizierte Zuwanderung und auch stärkere Anreize für Vollzeitarbeit und die Erwerbstätigkeit Älterer. Und zweitens brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen. Um die Investitionsbremse zu lösen, ist ein deutlicher Kurswechsel der Wirtschaftspolitik nötig. Die Bundesregierung sollte hierzu die Unternehmenssteuersätze spürbar absenken. Das Ziel sollte der durchschnittliche tarifliche Steuersatz in den OECD-Mitgliedsstaaten von 25 Prozent sein. Deutschland liegt derzeit mit 29,9 Prozent deutlich darüber. Der Solidarzuschlag sollte vollständig abgeschafft werden. Bei einem Bundeshaushalt von 477 Milliarden Euro im Jahr 2024 bestehen hierfür die nötigen Handlungsspielräume – auch bei Einhaltung der Schuldenbremse. Forderungen nach einer deutlichen Lockerung der Schuldenbremse lehne ich übrigens ab, denn die Schuldenbremse hat seit ihrer Einführung geholfen, die staatliche Schuldenquote zu stabilisieren. Schließlich haben wir auch in ökonomischer Hinsicht eine Verantwortung für die nächsten Generationen.

Meine Damen und Herren, die gefährdete **Wettbewerbsfähigkeit** Deutschlands lässt sich leider nicht allein mit steuerlichen Mitteln verbessern. Die Probleme sind seit vielen Jahren unübersehbar, sei es durch die weiter ausufernden bürokratischen Lasten, durch viel zu langsame Fortschritte bei der Digitalisierung oder auch durch mangelnde Qualität im Bildungswesen. Die Politik findet bedauerlicherweise nicht die richtigen Antworten. Im Ergebnis fällt Deutschland immer weiter zurück. Ich sehe hier eine Krise des Staates, dem es nicht gelingt, in unserem föderalistischen System die nötige Effizienz staatlichen Handelns sicherzustellen. Wenn Unternehmen die **Bürokratie** als ihr größtes wirtschaftliches Risiko bewerten, dann läuft etwas falsch. Bürokratie hat übrigens auch eine europäische Dimension. Für mittelständische Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, multipliziert sich die

## Statement

Seite 4/4

bürokratische Last aufgrund unterschiedlicher Datenerhebungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verfahren – und das ist der dritte Baustein – sollte ein wichtiges Element bei der Fortentwicklung des europäischen Binnenmarktes sein.

Lassen Sie uns thematisch in Europa bleiben, meine Damen und Herren. Ein Thema, das wir weiterhin mit höchster Sorge verfolgen, ist der Vorschlag der Europäischen Kommission zur **Reform des Krisenmanagements für Banken** – bekannt als CMDI-Review – und die intensiven Arbeiten an einer Positionierung im Europäischen Parlament. Der dortige Antritt, die Abwicklung von Banken zum Standard zu machen oder zumindest erheblich auszuweiten und dabei eine Schwächung der Einlagensicherungssysteme in Kauf zu nehmen, sorgt aus gutem Grund seit zehn Monaten für intensive Diskussionen. Denn um die Abwicklung auch für kleine und mittlere Banken durchführen zu können, sollen die nationalen Finanzmittel der Einlagensicherungssysteme, die eigentlich zum Schutz der Einlagen gedacht sind, herangezogen werden. Und das in unbegrenzter Höhe. Das halten wir für den falschen Weg. Wenn es Verbesserungsbedarf gibt, dann ganz klar bei der Abwicklung von großen und systemrelevanten Banken. Genau hier hat sich das Verfahren als in der Praxis kaum anwendbar erwiesen und die Vorschläge bieten keine Lösung an. Außerdem sehen die Vorschläge eine erhebliche Verteuerung unserer institutssichernden Maßnahmen vor und würden die Funktionsfähigkeit unseres Sicherungssystems durch eine Vielzahl neuer bürokratischer Hürden gefährden. Das kann nicht im Interesse der auf unser System vertrauenden Kundinnen und Kunden sein.

Auch die seit 2015 seitens der Europäischen Kommission verfolgte Idee der Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherung im Rahmen eines **EDIS** wird auf Ebene des Parlaments erneut intensiv diskutiert. Am Montag hat der Berichterstatter, Othmar Karas, dem ECON überraschend seinen Berichtsentwurf vorgelegt. Der Vorschlag des Berichtstatters stellt zwar eine teilweise Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag dar, weil er sich auf Liquiditätshilfe konzentriert. Trotzdem ändert das nichts daran, dass nicht nachvollziehbar ist, weshalb die gut gefüllten Töpfe der Einlagensicherungssysteme einerseits mit dem CMDI-Antritt der Europäischen Kommission bewusst geschwächt werden sollen, um dann andererseits zu behaupten, die Einlagensicherung benötige einen vergemeinschafteten Backstop. Das passt nicht zusammen und wir lehnen das ausdrücklich ab.